

Neues von der BuPrä

Zweite Folge:

Wehner, wo bist Du? -

Von Zähl- und Symbolkandidaturen

Als die Berliner Bürgermeisterin Louise Schroeder im Ers-ten Deutschen Bundestag für die Trümmerfrauen im zer-störten Nachkriegsdeutschland kämpfte, wurde sie in der geteilten Stadt mit Sprechchören gefeiert. Es nahm folglich nicht Wunder, dass am Ende der Berlin-Blockade im Mai 1949 ihr Name häufiger für das im September erstmals zu besetzende Amt des Bundespräsidenten genannt wurde. Doch daraus wird nichts.

In der zweiten Bundesversammlung 1954 war die Freidemokratin Marie-Elisabeth Lüders die erste Frau, die wenigstens passiv bei einer Bundespräsidentenwahl in Erscheinung trat. Sie erhielt eine einzige Stimme, obwohl sie gar nicht gegen ihren Parteifreund Theodor Heuss angetreten war. *Übrigens:* Diese zunächst vorgesehene Möglichkeit, auch unabgesprochen Kandidatinnen und Kandidaten nominieren zu können, wurde nach diesem eher peinlichen Moment abgeschafft.

Fragwürdige Premiere

Bis zur ersten Zählkandidatur einer Frau in der Bundesversammlung sollte noch ein Vierteljahrhundert ins männerdominierte Land gehen. 1979 ließ sich mit Annemarie Renger eine sozialdemokratische Parteisoldatin breitschlagen. Die erste Parlamentspräsidentin der SPD in den frühen 1970er

Jahren wusste allerdings anderthalb Tage vor der Bundesversammlung noch nichts von ihrem Glück, in ein aussichtsloses Rennen gegen den Christkonservativen Karl Carstens gehen zu sollen. Auch wenn ihre Bereitschaft hinterher zur ersten aktiven Frauenkandidatur in der Geschichte der Bundesrepublik schöngeredet wurde, blieb es eine fragwürdige Premiere, nachdem die Kanzlerpartei SPD sich zuvor bei parteiunabhängigen Prominenten einen Korb nach dem anderen abgeholt hatte.

Menschelnde „Symbolkandidatin“

Es will heute keiner mehr gewesen sein, wenn unter Grü-nen die Rede auf die Schriftstellerin Luise Rinser kommt, die 1984 als sogenannte „Symbolkandidatin“ der Ökopar-tei ins Rennen gegen den überragenden Allparteien-Favoriten Richard von Weizsäcker geschickt wurde. Die damaligen Parlamentsneulinge waren sich zu der Zeit noch uneins darüber, ob sie ihre Rolle im Staat als Fundamentalopposition oder als konstruktive Konkurrenz wahrnehmen sollten. So geriet die Kandidatur zur peinlichen Nummer, denn Luise Rinser wusste selbst nicht, warum sie ausgerechnet gegen einen von ihr sehr geschätzten Politiker antreten sollte. Zudem stufte sie die Bedeutung der Politik im Allgemeinen ohnehin nur gering ein:

“Was mich wirklich interessiert, ist der Mensch. Der Mensch – was macht er, was tut er, was will er, was orga-nisiert er, welche Fehlschritte macht er? Das ist die wich-tige Frage, die mich beschäftigt.“ (Luise Rinser, 1984)

Am Ende entfielen auf die Bewunderin des nordkoreanischen Diktators Kim Il Sung immerhin 68 Stimmen, d.h. doppelt so viele Stimmen wie die Grünen über Fraktionsstärke in der Bundesversammlung verfügten.

Aus Feigheit vor dem Freund

Eine ernsthafte, mehrheitsorientierte Frauenkandidatur um das höchste Staatsamt wurde dann 1994 in die Wege geleitet. Es ging um die Nachfolge von Richard von Weizsäcker. Kanzler Kohl wollte unbedingt einen Kandidaten aus der früheren DDR, scheiterte aber jämmerlich mit seinem Vorschlag, den sächsischen Landesminister Steffen Heitmann zu nominieren, der sich aber rasch mit unbotmäßigen Äußerungen über Frauenrechte und den Holocaust ins Abseits befördert hatte.

Auch aus Protest gegen dieses unwürdige Vorspiel formierte sich eine parteiübergreifende Fraueninitiative, um die Freidemokratin Hildegard Hamm-Brücher für das höchste Staatsamt vorzuschlagen. Mit circa 10.000 Unterschriften gelang es der Aktion, die eher koalitionskonform gestimmte FDP unter Druck zu setzen, um die streitbare Linksliberale aus ihren Reihen für die Wahl am 23. Mai 1994 aufzustellen.

Helmut Kohl nannte in seinen Erinnerungen den Kampf um die Weizsäcker-Nachfolge „ein Stück aus dem Tollhaus.“, denn Hildegard Hamm-Brücher sei für ihn eine *Persona non grata* gewesen, seit sie 1982 beim konstruktiven Misstrauensvotum mit einer mutigen Rede gegen die Abwahl Helmut Schmidts votiert hatte. Kohl grollte noch in seinen Erinnerungen, „dass diese Dame für meine Partei völlig inakzeptabel war (...) Warum die FDP diese Provokation inszenierte, ist mir bis heute schleierhaft.“

Kohl drohte den Liberalen sogar mit Koalitionsbruch. Mit 69 zu 40 Stimmen drängten daraufhin die freidemokratischen Wahlmänner und -frauen vor dem Dritten Wahlgang die frühere Staatsministerin im Auswärtigen Amt zum Rückzug, um des Kanzlers Wunsch gemäß den Unionskandidaten Roman Herzog zu wählen.

SPD-Chef Rudolf Scharping erwies sich dabei als ein feiger Strategie. Zusammen mit seiner SPD, den Sozialliberalen in der FDP, Bündnis 90 / Die Grünen und der PDS hätte er eine Mehrheit für die liberale Kandidatin zusammenbringen (*und Kohl im Wahljahr eine empfindliche Niederlage beifügen*) können. Doch die Angst vor dem Übelnehmertum von „Bruder Johannes“ Rau, dem Gegenkandidaten von Herzog, war größer als die Lust darauf, die erste Frau zum Staatsoberhaupt zu wählen. „Das wäre mal Politik gewesen“, lamentierte SPD-Vordenker Peter Glotz hinterher, „ein Wehner hätte Rau nach dem zweiten Wahlgang höchstpersönlich aus dem Saal geschoben und danksgend mit einem Strauß Blumen zum Taxistand geschickt“. Diesen offen gelegten Schachzug sollte Rau noch bis zu seinem Tode den Betreibern aus den eigenen Reihen nachtragen, obwohl er es 1999 dann doch noch ins höchste Staatsamt geschafft hat – gegen die Frauen in der SPD, die die seltene Gelegenheit einer rot-grünen Bundesversammlungsmehrheit zunächst gerne für sich genutzt hätten.

Fortsetzung folgt.